

Antrag

der Abgeordneten Anette Hübinger, Holger Haibach, Dr. Christian Ruck, Peter Altmaier, Hartwig Fischer (Göttingen), Florian Hahn, Jürgen Klimke, Stefan Müller (Erlangen), Klaus Riegert, Johannes Selle, Sabine Weiss (Wesel I), Dagmar Wöhrl, Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Harald Leibrecht, Helga Daub, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christiane Ratjen-Damerau, Michael Link (Heilbronn) und der Fraktion der FDP

Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern stärken – Bildungsmaßnahmen anpassen und wirksamer gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zusammenarbeit im Bereich Bildung ist im 21. Jahrhundert zu einer globalen Aufgabe geworden. Erwerb und Anwendung von Wissen bestimmen die individuellen und gesellschaftlichen Entwicklungschancen und sind wesentliche Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Bedeutung und Häufigkeit internationaler Bildungsinitiativen und Bildungskonferenzen haben beträchtlich zugenommen und zeugen von einem gestiegenen weltweiten Interesse. Deutschland ist darauf angewiesen, das Thema Bildung im internationalen Kontext als zentrale außen- und entwicklungspolitische Aufgabe gestaltend wahrzunehmen.

Nachhaltige und erfolgreiche Entwicklung hängt wesentlich vom Zugang aller Bevölkerungsgruppen zum Bildungssystem ab. Bildung ermöglicht es Menschen, am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen und ist das Fundament für eine selbstbestimmte Zukunft. Bildung ist ein Menschenrecht (verankert in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie in der UN-Kinderrechtskonvention, Artikel 28) und leistet einen erheblichen Beitrag zur persönlichen Entwicklung, zur Werte- und Demokratieerziehung sowie zur Freiheitsförderung. Gute Bildung ist aktive Armutsbekämpfung. Gerade in Entwicklungsländern und insbesondere in Krisenregionen, fragilen Staaten oder bei benachteiligten Bevölkerungsgruppen stellen Bildung und Ausbildung einen Weg dar, aus der Armutsspirale und der Perspektivlosigkeit zu entkommen. Nur wenn Menschen eine solide Bildung erhalten, haben sie die Chance, ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen.

Die Realität sieht indes anders aus: Ungeachtet erheblicher Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft und auch der Entwicklungspartner ist die Bildungssituation in vielen Ländern weiterhin besorgniserregend. Millionen von Menschen haben keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang zu formalen und nonformalen Bildungsangeboten. Die Analphabetenrate im Erwachsenenalter ist in einigen Ländern weiterhin sehr hoch. Unzureichende Ausstattung

der Schulen, schlechte Schulverwaltung, lange und unsichere Schulwege, gering qualifiziertes Lehrpersonal, fehlende oder unzureichende Standards sowie antiquierte Lehrpläne und Unterrichtsmethoden tragen zusätzlich dazu bei, die Attraktivität eines Schulbesuchs herabzusetzen, mit der Folge, dass gerade in den ärmsten Ländern der Welt Kinder und Jugendliche die Schule vorzeitig und ohne ausreichende Ausbildung abbrechen. In einem Großteil der Entwicklungsländer landen zwei Drittel der Schulabbrecher in der informellen Wirtschaft. Nur über die Förderung von Angeboten zur Erwachsenenbildung und nonformaler Berufsbildung erhalten sie eine Chance, ihre eigene Existenz durch eine dauerhafte berufliche Zukunft abzusichern.

Auf dem Weltbildungsforum im April 2000 in Dakar/Senegal wurde der Aktionsplan „Bildung für alle“ (Education for All, EFA) von 164 Staaten verabschiedet. Von den sechs EFA-Zielen, die bis 2015 erreicht werden sollen, sind zwei in die Millennium Development Goals (MDG) 2 und 3 eingeflossen. Diese beiden MDGs betonen die Bedeutung von umfassender Grundbildung für alle Kinder und die dringende Notwendigkeit einer Aufhebung der Benachteiligung von Mädchen und Frauen. Für die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ist Bildung eines der Hauptaktivitätsfelder. Die UNESCO verfügt über ein weltweites Netzwerk regionaler Büros für Bildung. Im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) ist sie für die Koordinierung der weltweiten Anstrengungen zur Erreichung der EFA-Ziele zuständig. Im Jahre 2002 wurde zusätzlich die Fast Track Initiative (FTI) als globale Partnerschaft ins Leben gerufen, um diejenigen Entwicklungsländer bei der Umsetzung der Bildungs-MDGs und EFA-Ziele zu unterstützen, die eine engagierte Bildungspolitik verfolgen, jedoch nicht die finanziellen Ressourcen zu ihrer Umsetzung haben.

Die beiden großen Herausforderungen für die Erreichung dieser Ziele bestehen darin, zum einen den freien Zugang zu Bildung für alle zu ermöglichen sowie zum anderen Bildung in guter Qualität zu gewährleisten. Der jährlich vorgelegte Weltbildungsbericht der UNESCO, der EFA Global Monitoring Report (GMR), misst Fortschritte und Herausforderungen weltweit. Auch Projekte wie „Schulen für Afrika“ unter der Schirmherrschaft von UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) zeigen, dass Entwicklung möglich ist. Die international lancierte Initiative „1GOAL – Bildung für alle“, in Deutschland von der deutschen Globalen Bildungskampagne getragen, zeigt den weiterhin hohen Bedarf an Bildung in Entwicklungsländern. Über den Zugang hinaus muss eine angemessene Qualität von Bildung sichergestellt werden.

Das Ziel „Bildung für alle“, dem sich auch die Bundesregierung verschrieben hat, kann zudem nur dann nachhaltig erreicht werden, wenn Bildungssysteme in ihrer Gesamtheit funktionieren. Deshalb sollten alle Bereiche der staatlichen und auch nichtstaatlichen Bildung, bestehend aus frühkindlicher Bildung, Primar- und Sekundarbildung, beruflicher Bildung, Hochschulbildung und Erwachsenenbildung sinnvoll koordiniert werden, aufeinander aufbauen und untereinander durchlässig sein. Entsprechend ist eine gleichmäßige Entwicklung der verschiedenen Bildungsbereiche dringend notwendig, um im Sinne von lebenslangem Lernen einen lückenlosen Übergang zu weiterführender Bildung zu gewährleisten bzw. den erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt auf allen Ebenen zu ermöglichen. Junge Menschen – Männer und Frauen gleichermaßen – müssen die Chance haben, nach der allgemeinen Schulbildung entweder einen qualifizierten Beruf zu erlernen oder eine höhere Schulbildung bis hin zur Universität zu erlangen.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zählen zu den Problemen in Entwicklungsländern, deren Überwindung maßgeblich vom Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung abhängt. Außerdem bedarf es einer breiten Masse an gebildeten und verantwortungsbewussten Bürgern, um Länder aus ihrer Armut zu

befreien und den Aufbau bzw. die Stabilisierung von Justiz, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft sozial zu gestalten. Die weltweit zunehmend bedeutender werdenden Prinzipien der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vermitteln Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein Verständnis dafür, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt. Diese sollten zunehmend in den Unterricht auf allen Schulstufen und in die Lehrerbildung integriert werden.

Um eine höhere Chancengleichheit zu erzielen, müssen auch nonformale Bildungsprojekte, verstanden als Ergänzung oder Alternative zu formaler Bildung und Ausbildung, mehr Aufmerksamkeit erhalten. Auch die bisher erfolgreich praktizierte Schulspeisung besitzt Nachahmungscharakter, weil sie Anreiz zum Schulbesuch gerade für die ärmsten Bevölkerungsschichten bietet. Zielgruppen von nonformalen Bildungsangeboten oder Schulspeisungsprogrammen sind Kinder und Jugendliche, die nicht zur Schule gehen bzw. die Schule abbrechen und zu den am meisten benachteiligten Gruppen in einer Gesellschaft gehören. Dazu zählen u. a. Mädchen, in städtischer bzw. ländlicher Armut lebende Kinder, in Krisen- und Konfliktregionen lebende Kinder, Kinder mit Behinderung, ethnische Minderheiten, von Krankheit betroffene Kinder (HIV/AIDS) und arbeitende Kinder.

Kinderarbeit ist und bleibt eine große Einschulungshürde, die dazu führt, dass insbesondere sehr arme Familien ihren Kindern bereits den Zugang zur Grundbildung verwehren, da die Kosten für die Familien hoch sind (Schulgebühren, Wegfall des Einkommens/der Produktionskraft der Kinder). Auch ist der erwartete Bildungserfolg für diese Schüler geringer, da sie in der Regel dazu gezwungen sind, früher ins Arbeitsleben einzusteigen und somit keine Möglichkeit zur weiterführenden Bildung erhalten. Auch vor diesem Hintergrund ist es wesentlich, das Bildungssystem ganzheitlich zu betrachten, die Übergänge zwischen formaler und nonformaler Bildung sowie zwischen den Bildungsbereichen zu stärken und so die Schulabbrecherquoten zu verringern. Ein besonderes Augenmerk sollte auch auf den Zugang zu Bildung in Nachkriegsregionen, in Flüchtlingslagern und in so genannten fragilen Staaten gelegt werden.

Insgesamt wird eine höhere Wirksamkeit bildungspolitischer Zusammenarbeit im Rahmen der Paris-Erklärung und der Verpflichtung zum Accra-Aktionsplan durch gemeinsame Anstrengungen von Geber- und Partnerländern angestrebt. Deutschland kann dabei weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten.

Primarbildung

In den letzten Jahren wurde gemäß den MDGs 2 und 3 verstärkt das Ziel einer verbesserten Grundbildung in den Entwicklungsländern verfolgt. Auch wenn einige Entwicklungsländer dem MDG 2, das die Verwirklichung der Grundbildung für alle zum Ziel hat, nähergekommen sind, gibt es nur begrenzte Fortschritte. Aufgrund vielfältiger Gründe wie veränderte globale Rahmenbedingungen, schnelles Bevölkerungswachstum oder unzureichender Finanzierung, sind die Ergebnisse nicht ausreichend, um die bis 2015 gesteckten Ziele im Bereich der Grundbildung zu erreichen. Noch immer besuchen 72 Millionen Kinder keine Schule, fast die Hälfte dieser Kinder lebt in Subsahara-Afrika sowie ein Viertel in Süd- und Westasien. Der Anteil der Mädchen, die keine Schule besuchen können, ist zwar gesunken, doch sind weiterhin 55 Prozent der 72 Millionen Kinder, die nicht zur Schule gehen, Mädchen. Außerdem leben derzeit 35 Prozent der Kinder, die keine Schule besuchen (also mehr als jedes dritte Kind) in von Konflikten betroffenen Ländern.

Die Bereitstellung von Grundbildung muss primär Aufgabe des Staates sein und sollte gebührenfrei zur Verfügung stehen. Entwicklungspolitische Maßnah-

men sollten darauf abzielen, das Bildungssystem diesbezüglich zu stärken und damit zu gewährleisten, dass der notwendige Anteil des nationalen Staatshaushaltes in die Grundbildung fließt. Nichtsdestotrotz können gerade in fragilen Staaten und Krisenkontexten private Träger einen wesentlichen Beitrag leisten, um ein Minimum an stabilisierenden Bildungsangeboten bereitzustellen.

Es hat sich gezeigt, dass in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern Regierungen nicht imstande sind, ihre Hoheitsaufgaben im Bildungsbereich zu erfüllen. Da es aber ein prioritäres Anliegen vieler Eltern ist, ihren Kindern gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, haben viele Gemeinden deshalb in Eigeninitiative und mit Unterstützung privater Träger nichtstaatliche Schulen aufgebaut. Private Bildungsinitiativen, die in Regionen, in denen es keine staatlichen Schulen gibt, ein Bildungsangebot aufbauen, sind eine Alternative, um den Bildungszugang weiter zu verbessern und Lücken der staatlichen Schulsysteme zu schließen. Eine aktive Rolle bei der Vermittlung von Grundbildung haben in vielen Ländern die Kirchen und andere Träger übernommen. Deren Engagement ermöglicht vielen Kindern den Zugang zum Bildungssystem.

Sekundarbildung

Aufgrund der stark gestiegenen Anzahl an Grundschulabsolventen muss in Zukunft ein stärkerer Fokus auf die Sekundarbildung gelegt werden. Hier geht es darum, dass allgemeinbildende, berufsvorbereitende und alltagsrelevante Inhalte und Kompetenzen vermittelt werden sollen. Es muss einerseits Wert auf die Allgemeinbildung, andererseits auf die Vermittlung von lebensnahen Fähigkeiten gelegt werden, um die bestmögliche Qualifizierung für ein selbstbestimmtes und zukünftig erfolgreiches Berufsleben zu bieten. Auch wenn in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern die untere Sekundarstufe Teil der verpflichtenden Grundbildung ist, sind die Qualifikationen der Absolventen oft nicht ausreichend für weiterführende Bildung/Ausbildung oder den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus gibt es insgesamt noch zu wenig Sekundarbildungsangebote in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Während die westlichen Industriestaaten eine universelle Sekundarbildung fast umgesetzt haben, sind 2007 nur 34 Prozent der Jugendlichen in Subsahara-Afrika in der Sekundarstufe (65 Prozent in den arabischen Staaten und bis zu 90 Prozent in Lateinamerika). 71 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 10 und 16 Jahren besuchten 2007 überhaupt keine Sekundarschule, dies ist fast jeder fünfte Jugendliche dieser Altersgruppe weltweit. Auch ist der gleichberechtigte Zugang von Mädchen und Jungen zu weiterführender Bildung von großer Bedeutung. Denn immer noch ist der Geschlechterunterschied in der Sekundarbildung in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ausgeprägter als im Grundbildungsbereich.

Für den Sekundarbildungsbereich ist es zunächst wichtig, Strategien, Modelle und Konzepte zu erstellen, um die Zugangschancen für die untere Sekundarstufe erheblich auszuweiten. Außerdem müssen Qualität und Relevanz der Unterrichtsinhalte für die Lebens- und Alltagswelt sichergestellt sowie Lehrpläne stärker als bisher auf Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit ausgerichtet werden. Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes ist es zudem wichtig, Konzepte und Strategien für eine flexiblere und differenziertere Anschlussfähigkeit der Sekundarbildung an die anderen Bildungsbereiche zu entwickeln.

Berufliche Bildung

Eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung bildet die berufliche Aus- und Weiterbildung. Sie entfaltet jedoch erst dann Wirkung, wenn Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten zusammen kommen.

Für Wirtschaftswachstum und breitenwirksame Beschäftigung braucht es ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte in allen wirtschaftlichen, vor allem aber auch industriellen Zweigen. Aber auch Fachkräfte für gesellschaftliche und soziale Dienstleistungen müssen ausgebildet werden, wie z. B. im Bereich der Gesundheitsversorgung, der öffentlichen Dienste und im Dienstleistungssektor. Außerdem müssen die Berufsbildungssysteme eng mit dem Arbeitsmarkt der jeweiligen Länder verbunden sein, um flexibel auf die sich ändernden Anforderungen der regionalen Arbeitsmärkte reagieren zu können. Ferner bedarf es einer Modernisierung des Aus- und Weiterbildungssystems auf der Grundlage der aktuellen Diskussion z. B. zur Anerkennung und Transparenz erworbener Qualifikationen, der Früherkennung von Qualifizierungsbedarfen sowie der Qualitätssicherung und der Entwicklung von Bildungsstandards.

Durch die Ausbildung von qualifizierten Arbeitskräften wird die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben sowohl auf nationalen als auch auf internationalen Märkten erhöht. Die damit verbundene höhere Attraktivität als Wirtschafts- und Investitionsstandort ist entscheidend für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Insgesamt muss derzeit konstatiert werden, dass die Berufsausbildungssysteme in einigen Entwicklungs- und Schwellenländern noch große strukturelle Defizite aufweisen, deren Behebung gerade wegen des hohen Bedarfs an qualifizierten Lehrern noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ist die berufliche Bildung unterfinanziert und bedarf wichtiger Mechanismen wie der Berufsorientierung, Berufsberatung, Ausbildung und Arbeitsvermittlung. Arbeitsmarktorientierung, Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft, gesellschaftliche Akzeptanz von Standards, Qualifizierung von Berufsbildungspersonal, Lernen im Arbeitsprozess sowie institutionalisierte Forschung und Beratung sind deshalb wichtige Aspekte, denen gerade in diesem Bereich eine äußerst hohe Bedeutung zukommt.

Der deutsche Ansatz der dualen Berufsausbildung, bei der die Ausbildungsinhalte parallel in Betrieb und Berufsschule vermittelt werden, genießt international hohes Ansehen. Gerade Modelle analog zum dualen Ausbildungssystem könnten ein Türöffner sein, denn der unmittelbare Arbeitsbezug, die Einbindung des Ausbildungsbetriebs, als auch die Brückenfunktion in die Arbeitswelt bieten ein hohes Maß an Attraktivität. Oftmals wird durch eine duale Ausbildung ein direkter Einstieg in Beschäftigung ermöglicht, so dass Jugendarbeitslosigkeit verhindert werden kann.

Durch die Beratung „auf Augenhöhe“, unter Einbeziehung der Expertise von Berufsbildungseinrichtungen wie dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), der deutschen Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern sowie weiterer deutscher Bildungsdienstleister, kann das Erfolgsmodell der Dualen Berufsausbildung an die Bedürfnisse des lokalen Arbeitsmarkts angepasst werden. Damit kann es sich zu einem wertvollen Instrument bei der Behebung des lokalen Fachkräftemangels entwickeln. In Schwellen- und Entwicklungsländern kann man auf jahrzehntelange erfolgreiche Zusammenarbeit zurückblicken. Insbesondere in Schwellenländern sollen sich die Formen der Kooperation an die aktuellen Bedarfe anpassen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass an die bereits vorhandenen Netzwerke und Strukturen angeknüpft wird. Hierbei können verstärkt deutsche Unternehmen einbezogen werden. Auch der Aufbau von Berufsakademien in PPP-Projekten (PPP = Public Private Partnership) mit ortsansässigen Unternehmen ist eine gute Möglichkeit, Fachkräfte auszubilden. Die in vielen Partnerländern dauerhaft ansässigen Goethe-Institute können eine wichtige Hilfestellung bei der Beratung von Interessenten und Absolventen sowie bei der Netzwerkbildung leisten.

Hochschulbildung und Wissenschaft

In vielen Entwicklungsländern besteht ein Bedarf an gut ausgebildeten, verantwortungsbewussten Führungseliten und Entscheidungsträgern, die die rechtsstaatlichen Prozesse in ihren Ländern steuern und für Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eintreten. Doch auch die Innovationsfähigkeit eines Landes, welche die wirtschaftliche Entwicklung ankurbelt, geht in der Regel von gut ausgebildeten Akademikern aus. Ohne eigene Kapazitäten in Bildung, Wissenschaft und Forschung werden Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Abhängigkeiten nur schwer überwinden können.

Die Förderung von Hochschulbildung und Wissenschaft gehört zum Kernbereich einer langfristigen, erfolgreichen Bildungspolitik und ist unverzichtbar für die nachhaltige Entwicklung eines Landes. In Entwicklungs- und Schwellenländern studiert jedoch nur ein geringer Anteil der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass die aktuellen Universitätsabsolventen häufig nicht dem Bedarf des lokalen Arbeitsmarkts entsprechen. 2005 waren lediglich 5 Prozent der entsprechenden Altersgruppe in Subsahara-Afrika und 11 Prozent in Süd- und Westasien an Hochschulen eingeschrieben. In Industrieländern lag der Anteil 2007 bei 67 Prozent. Um die Quote der Studierenden zu erhöhen, bedarf es weiterhin erheblicher Anstrengungen.

Schon heute leistet Deutschland mit weltweiten Bildungs- und Wissenschaftskooperationen einen wichtigen Beitrag für den globalen Wissensaustausch. Die Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik ist eine tragende Säule in der internationalen Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft. Vielen jungen Menschen wird durch vielfältige Förderprogramme und Einzelmaßnahmen der Zugang zu einer qualifizierten Bildung gewährt. Der Deutsche Akademische Austauschdienst e. V. (DAAD), aber auch die Nichtregierungsorganisationen, Kirchen oder die Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit (darunter die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH – GTZ, die KfW Bankengruppe, die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH – Inwent, die Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH – DED) leisten hierzu ihren Beitrag.

Ein Instrument unter anderen ist die Hochschul- und Wissenschaftskooperation. Sie müssen länderangepasst den akademischen Austausch, gemeinsame Forschungsk Kooperationen, den Auf- und Ausbau von akademischen Bildungseinrichtungen und die Weiterentwicklung der Alumni-Netzwerke umfassen. Für die weitreichende Behebung struktureller Defizite im Hochschul- und Wissenschaftsbereich braucht es weitere Instrumente wie zum Beispiel Universitätsmanagementschulungen, Curriculaentwicklung und Dozententrainings in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Besonders wichtig ist hier auch die Etablierung von Kontakten zwischen Universitäten und dem Privatsektor. Alle Instrumente der Entwicklungspolitik im Hochschulbereich müssen effektiv und sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.

Bei der Implementierung von entwicklungspolitischen Maßnahmen im Hochschulbildungsbereich, aber auch bei der Vergabe von Studienstipendien für deutsche Hochschulen, besteht die Gefahr, einem „Brain Drain“ Vorschub zu leisten: Die Bildungselite wandert aus dem Entwicklungsland ab. Hier müssen Kapazitäten vor Ort etabliert werden, um langfristig für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und die Beförderung von Guter Regierungsführung zu sorgen. Das bedeutet, dass bei der Hochschulförderung auch stets die sich anschließenden lokalen Arbeitsmöglichkeiten der Akademiker im Auge behalten werden müssen. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten im Hochschulbereich müssen viel stärker am Bedarf in den jeweiligen Ländern ausgerichtet werden. Die internationale Gebergemeinschaft muss sich mit ihren Partnern um eine Erarbeitung landesspezifischer, zielgerichteter und praxisorientierter Curricula bemühen, so dass diese den jeweiligen Herausforderungen der Länder gerecht werden.

Lehrerbildung

Eine fundierte, an Werten orientierte Aus- und Fortbildung von Lehrern ist Grundlage für effektive und wirksame Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich. Gut ausgebildete Lehrer, die auch didaktisch, fachlich und pädagogisch geschult sind, haben signifikanten Einfluss auf die Ausbildungserfolge der Lernenden. Herausforderungen für den Lehrerberuf stellen sich insbesondere in Ländern mit einem hohen Anteil an indigener Bevölkerung und in Stämmen lebenden Personen. In der Vergangenheit sprachen Lehrer hier oft lediglich die Amtssprache, wohingegen die Grundschul Kinder nur die indigene Sprache oder einen lokalen Dialekt beherrschten. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat darauf reagiert und Unterrichtsmaterialien übersetzt sowie Indigene zu Lehrern ausgebildet. Die Verbesserung der Lehrerbildung ist somit ein wichtiger Baustein, um speziell die Qualität der Bildung in Entwicklungsländern zu verbessern.

Nach Angaben der UNESCO haben 26 Länder das für die Grundschulbildung allgemein akzeptierte Ziel des Schüler-Lehrer-Verhältnisses von 40:1 im Jahr 2007 nicht erreicht; davon liegen 22 Länder in Subsahara-Afrika mit Verhältnissen von 80:1 zwischen Schülern und ausgebildeten Lehrern. Die schon jetzt stark unterbesetzten schulischen Einrichtungen werden zusätzlich dadurch geschwächt, dass viele ihrer Lehrkräfte an HIV/AIDS erkrankt sind.

Überdies bestehen keine Anreize für gut ausgebildete Akademiker, den Lehrerberuf zu ergreifen. Die Gehälter sind vielfach zu niedrig und der Lehrerberuf genießt kein hohes gesellschaftliches Ansehen. Um die Probleme in Bildung und Ausbildung langfristig zu überwinden, bedarf es einer umfassenden Stärkung und Aufwertung des Lehrerberufs in Entwicklungs- und Schwellenländern. Dazu gehört eine fundierte an Werten orientierte pädagogische Aus- und Fortbildung sowie angemessene Vergütung der Lehrkräfte genauso wie eine adäquate Infrastruktur. Die Bundesregierung unterstützt in diesem Bereich eine Task Force im Rahmen von „Education for All“, die zu Lehrerberuf, -qualifizierung und -stellenbesetzung arbeitet.

Erwachsenenbildung und Alphabetisierung

Erwachsenenbildung sowie die Alphabetisierung von Jugendlichen und Erwachsenen spielt in der Entwicklungszusammenarbeit bisher noch eine untergeordnete Rolle und muss entsprechend stärker gefördert werden. Laut Weltbildungsbericht der UNESCO sind 759 Millionen Erwachsene Analphabeten. Dies entspricht 16 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung. Etwa zwei Drittel aller erwachsenen Analphabeten sind Frauen. Über die Hälfte aller Analphabeten lebt in nur vier Ländern – Bangladesch, China, Indien und Pakistan.

Eine Grundbildung alleine reicht in den meisten Fällen nicht aus, um den Menschen eine Berufstätigkeit und damit ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. Daher gilt es, auch Konzepte zum „Life-Long-Learning“ (lebenslanges Lernen) in Entwicklungs- und Schwellenländern zur Anwendung zu bringen. Eine immer größere Bedeutung kommt dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie zu. Das Instrument des E-Learning sowie des „Blended Learning“ (Kombination von elektronischem Lernen und Bildung vor Ort) muss verstärkt gefördert und eingesetzt werden, damit auch in abgelegenen Gebieten ein Zugang zu den Wissensnetzwerken und zu Ausbildung ermöglicht wird. Die UNESCO als einzige Sonderorganisation im VN-System mit einem expliziten Mandat im Bildungs- und im Informations- und Kommunikationsbereich könnte hier eine verstärkte Rolle übernehmen.

Struktur der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) tragen im Rahmen verschiedener Initiativen (iMOVE, EDVANCE) dazu bei, das umfangreiche Angebot deutscher Aus- und Weiterbilder international bekannt zu machen. „Training made in Germany“ ist ein Markenzeichen, mit dem die Bundesregierung auf dem weltweiten Bildungsmarkt, insbesondere auch in den Entwicklungsländern, erfolgreich sein will.

Im Rahmen der Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung zielen die Ressorts in der akademischen Bildung darauf ab, die Zusammenarbeit von wissenschaftlichen Einrichtungen aus Entwicklungsländern mit denen aus Deutschland zu fördern sowie die Akademien in den Partnerländern zu unterstützen und so Kapazitäten vor Ort aufzubauen.

Im Sinne einer aufeinander aufbauenden Struktur ist es notwendig, die Bildungsangebote und Instrumente des Auswärtigen Amtes (AA), des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Länder aufeinander abzustimmen und miteinander zu verzahnen. Insgesamt gilt: Rollen- und Arbeitsteilung bei der Förderung von Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern müssen klar sein. Das AA ist für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zuständig. Das BMBF ist primär verantwortlich für die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Das BMZ verfügt über die Zuständigkeit für die Entwicklungszusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Im Rahmen der angestrebten verbesserten Kooperationen zwischen AA, BMZ und BMBF und um ineffiziente Parallelstrukturen abzubauen, müssen eindeutige Aufgabenzuteilungen im Bildungsbereich zwischen den Bundesministerien abgestimmt werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass die Bundesregierung Bildung und Ausbildung als einen Schlüsselsektor deutscher auswärtiger Beziehungen und der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern definiert;
- dass die Bundesregierung in der Armutsbekämpfung die Bekämpfung der Bildungsarmut prioritär behandelt.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in Zusammenarbeit der Ressorts ein umfassendes Bildungskonzept für Entwicklungs- und Schwellenländer zu erarbeiten;
2. die mit deutschen öffentlichen Mitteln zugunsten von Entwicklungs- und Schwellenländern finanzierten Fördermaßnahmen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich „aus einem Guss“ zu gestalten, unabhängig davon, welches Ressort die jeweilige Einzelmaßnahme finanziert;
3. bestehende Strukturen und internationale Organisationen für die Umsetzung der bildungspolitischen Interessen zu nutzen und zu einer effizienteren Gestaltung der multilateralen Organisationsstrukturen und Instrumente beizutragen;
4. das Thema Bildung und Ausbildung gemäß des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CDU und FDP in der Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern und in der Kooperation mit anderen internationalen Gebern prioritär zu behandeln;

5. auf eine Harmonisierung der internationalen Aktivitäten der Gebergemeinschaft im Bildungsbereich im Sinne der Paris-Erklärung und des Accra-Aktionsplans hinzuwirken;
6. auf den anstehenden entwicklungspolitischen Konferenzen sowie in Regierungsverhandlungen das Thema Bildung und Ausbildung vorrangig zu behandeln;
7. sich in der Kooperation mit anderen internationalen Gebern für die weitere Unterstützung der „Education For All“-Initiative einzusetzen;
8. bestehende Notwendigkeiten im Bildungsbereich zu identifizieren und international abgestimmt entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele von „Bildung für alle“ zu erreichen;
9. sich aktiv an der Reform der Fast Track Initiative zu beteiligen;
10. multilateral (VN, G8, OECD) und supranational (EU) die deutschen Initiativen in der Bildungszusammenarbeit prominent zu verankern;
11. internationale Bildungspolitiken dementsprechend aktiv mitzugestalten und ihre internationale Koordinierung aktiv zu unterstützen;
12. speziell dabei die Bildung von Mädchen und Frauen zu fördern und damit die Partnerländer dabei zu unterstützen, Geschlechterdisparitäten in allen Bildungsbereichen weiter zu reduzieren;
13. gemeinsam mit den jeweiligen Ländern und den entsprechenden privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf die lokalen Bedürfnisse abgestimmte Bildungsangebote zu entwickeln, um Zukunftsperspektiven für die Bevölkerung zu eröffnen und dabei eine aktive Teilhabe von Entwicklungsländern in einer globalisierten Welt zu erhöhen;
14. dafür zu werben, dass lokale Betriebe und Organisationen bei dem Auf- und Ausbau des Berufsbildungssystems einbezogen werden;
15. die Qualität von Bildung und Ausbildung u. a. durch eine verstärkte Förderung der Lehreraus- und Weiterbildung, verbesserte Infrastruktur und verbessertes Management, partizipative Unterrichtsmethoden und mehrsprachigen Unterricht zu verbessern;
16. die internationalen Prozesse der VN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ weiter aktiv zu fördern und in der Lehrerbildung den Schwerpunkt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu verankern;
17. „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Rahmen eines Dialogs auf Augenhöhe mit den Schwellenländern aufzugreifen und damit in diesen Ländern bestehende Prozesse zu stärken;
18. die Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten zur Deckung der Kosten der schulischen Bildung und von Lernmaterialien zu unterstützen und dabei innovative Finanzierungsoptionen unter Einbeziehung privater Initiativen in den Planungen verstärkt zu berücksichtigen;
19. im Rahmen von Schuldenerlassen freiwerdende Gelder dem Bildungsbe- reich zuzuordnen;
20. in den betroffenen Partnerländern verstärkt Aufklärungsarbeit und Kampagnen gegen Kinderarbeit durchzuführen und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen (ILO = Internationale Arbeitsorganisation) in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu thematisieren;
21. insbesondere benachteiligten Kindern, d. h. Kindern mit Behinderung, arbeitenden Kindern, ethnischen Minderheiten, in städtischen und ländlichen Armutsgebieten lebenden Kindern, Kindern aus Konflikt- und Krisenregionen und von Krankheit betroffenen Kindern mittels nonformalen und in-

- klusiven Bildungsangeboten eine Perspektive zu bieten, um ihre Möglichkeiten auf ein selbstbestimmtes Leben und gleichwertige gesellschaftliche Teilhabe zu erhöhen;
22. nonformale Bildungsansätze im Bereich der Erwachsenenalphabetisierung und im Bereich der beruflichen Bildung zu fördern;
 23. mit den Partnerländern Strategien zu entwickeln, um allen Bevölkerungsschichten grundsätzlich den Zugang zu Hochschulbildung zu ermöglichen;
 24. deutsche Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen durch geeignete Maßnahmen für die Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern zu gewinnen;
 25. mit den Partnerländern gemeinsam den Auf- und Ausbau ihrer Bildungs-, Ausbildungs- und Wissenschaftssysteme voranzutreiben;
 26. auf die Einbeziehung der deutschen Wirtschaft, insbesondere deutscher Bildungsdienstleister, beim Export innovativer Angebote aus dem Bereich der beruflichen Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern hinzuwirken;
 27. die Partnerländer dabei zu unterstützen, die berufliche Qualifizierung durch den Aufbau der betrieblichen Ausbildung im Sinne des deutschen dualen Systems zu verbessern und über die verstärkte Einbindung der Unternehmen und ihrer Selbstverwaltungsorganisationen die Fachkräfteausbildung stärker an den Bedürfnissen der lokalen Unternehmen und Märkte auszurichten;
 28. Bestrebungen von privatwirtschaftlichen Institutionen im Bereich der beruflichen Bildung weiter auszubauen und zu fördern;
 29. Partnerschaften mit Wirtschafts- und Handelskammern im Bereich der beruflichen Bildung zu stärken;
 30. bei der Implementierung des dualen Systems in den Partnerländern, die Expertise der deutschen Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern mit einzubeziehen und den Aufbau von Berufsakademien im Rahmen von PPP-Projekten zu fördern;
 31. den Aufbau von Alumni-Netzwerken und ihre Verknüpfung mit dem lokalen Arbeitsmarkt zu unterstützen;
 32. bei den Bemühungen zur Stärkung von Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern das Netzwerk und die Erfahrung der deutschen Auslandsschulen und des Goethe-Instituts zu nutzen und einzubeziehen;
 33. die Bundesländer zu ermuntern, Stipendien an begabte Studierende aus Entwicklungs- und Schwellenländern auf Basis ihrer Bedürftigkeit zu vergeben und damit sicherzustellen, dass vor allem finanziell benachteiligte Studierende die Möglichkeit eines Studiums in Deutschland erhalten. Um dem Brain Drain vorzubeugen, müssen darüber hinaus Mechanismen in die Studienvergabe integriert werden, die die Rückkehr der Studierenden in ihre Herkunftsländer ermöglichen;
 34. Entwicklungs- und Schwellenländer dabei zu unterstützen, Abschlüsse und Qualifikationen internationalen Standards anzupassen und binationale Abschlüsse im Hochschulbereich anzustreben;
 35. Projekte mit zivilgesellschaftlichen, kirchlichen und privaten Partnern im Bildungs- und Ausbildungsbereich zu fördern, u. a. um auch in schwierig zugänglichen Regionen Bildungs- und Ausbildungsangebote zu gewährleisten;

36. in Anbetracht ihrer wichtigen Rolle als Bildungsträger und -vermittler, besonders im Bereich Demokratiebildung, Good Governance und bei der Stärkung der Zivilgesellschaft, eine verstärkte Einbindung der politischen Stiftungen zu fördern;
37. die Kooperation mit politischen Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen Institutionen zu erhöhen und Konzepte für die große Anzahl von „Nicht Schülern“ in Krisengebieten und fragilen Staaten zu entwickeln, mit denen keine „reguläre“ staatliche Zusammenarbeit besteht;
38. Initiativen zu lebenslangem Lernen in Entwicklungsländern zu etablieren, um so die Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten;
39. technologische Fortschritte durch den Einsatz von Computern und Internetzugang voranzutreiben und dazu beizutragen, die Möglichkeiten des E-Learnings auszubauen;
40. in den Partnerländern Kompetenzen und Effizienz im Verwaltungswesen zu stärken sowie Dezentralisierungsprozesse zu unterstützen;
41. gemeinsam mit den Partnerländern landesspezifische und bedarfsorientierte Strategien für eine verbesserte Lehrerausbildung und Bildungsverwaltung zu entwickeln;
42. die Verzahnung der unterschiedlichen Bildungsbereiche und der öffentlichen, kirchlichen und privaten Bildungseinrichtungen zu fördern;
43. die Bildungs- und Finanzadministration in Partnerländern dabei zu unterstützen, Verwaltungsprozesse im Bildungsbereich eigenständig auszuführen;
44. die Möglichkeiten der Kontrolle dieser Prozesse durch die Zivilgesellschaften vor Ort zu unterstützen, um Korruption entgegenzuwirken.

Berlin, den 16. Juni 2010

**Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) und Fraktion
Birgit Homburger und Fraktion**

